

Die Bauarbeiterzeitung

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Börsched-Konto der Hauptkasse 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Aboressen-Bestellungen, Anzeigen u. c. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 53.

Berlin, den 31. Dezember 1911.

12. Jahrgang.

Zum Jahreswechsel entbieten wir allen Kollegen, Freunden und Förderern unseres Verbandes die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Redaktion und Verbandsvorstand.

Starkmut.

Klar der Blick! — Mut gefaßt!
Fest die Faust am Steuer!
Halb so schwer wird dann die Last,
Und das Herz schlägt freier.

Fest zum Himmel aufgeschaut,
Und dann: durchgerungen! —
— Mit des Wehrufs Jammerlaut
Wird kein Leu bewegen.

Beten — ja — herzinniglich
Zu dem Gott der Stärke:
Gib mir Kraft und segne mich,
Segne meine Werke!

Christian Helmrich.

An der Jahreswende.

Hinab! Das Jahr 1911, es ist vorüber, gehört der Ewigkeit an. Nichts vermag es uns noch einmal zurückzubringen, keine Korrektur mehr ist an ihm vorzunehmen. Was die Menschen in seine Blätter geschrieben, das bleibt für alle Zeit, unbekümmert, ob Reue daran nagt oder Sorgen daraus erwachsen sind, die unablässig quälen. Nichts ist daran zu ändern, es bleibt, wie es war.

Für uns Bauarbeiter war es ein Jahr des wirtschaftlichen Friedens. Abgesehen von kleinen unbedeutenden Plänkereien, ereignete sich nichts, das Gesamtbild wird davon nicht beeinträchtigt. Der tiefe soziale Wert der Tarifverträge, ihre Friedenswirkung, tritt damit offensichtlich zutage. In Ruhe und Ordnung konnte das Gewerbe sich betätigen, lähmende Unsicherheit konnte einen frischen Unternehmungsgeist nicht behindern. Das ist das erstrebenswerte Ziel für das gesamte wirtschaftliche Leben Deutschlands. Dann fehlt noch die Krönung, daß eine große und tiefe Einsicht auch die bis jetzt noch vorherrschende Stimmung der Machtämpfe möglichst mildere und beseitiige. Warum erst zerfleischende Kämpfe, wenn zu allermeist doch nur ein gesunder Ausgleich ihr Abschluß bildet. Hinweg mit allen Klassenkämpfenzen haben und drüber, Wer sind wir, das muß die Lösung sein. In dieser Richtung liegt auch die Wirkung unserer Schiedsstellen, deren verständnisvollen Ausbau wir uns angelegen sein lassen müssen.

Entsprechend der allgemeinen wirtschaftlichen Lage war auch die des Baugewerbes, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, eine gute. Die gespannten politischen Verhältnisse infolge der Marokkocrise übten keinen bemerkbaren Einfluß aus. Immerhin ist es erfreulich, daß der Druck gewichen, wenn auch eine starke Spannung aus der Haltung Englands zurückgeblieben ist, die auch vorerst nicht zu beseitigen ist. Auch der Krieg zwischen Italien und der Türkei hält noch gewisse Befürchtungen aufrecht. Es hat jedoch den Anschein, daß größere Verwicklungen durch die Haltung der unbeteiligten Großmächte vermieden werden. Angesichts der Stellungnahme der Sozialdemokratie während des Marokkostreits hielten die christlich-nationalen Arbeiter es für erforderlich, diesem arbeitschädigenden Streiken, das zudem einem Vertrag an Volk und Vaterland gleichkam, entzogen zu treten. Diese nahm alsdann eine Schwenkung vor, die jedoch mehr wahlaktischen Gesichtspunkten entsprang.

Entsprechend der wirtschaftlichen Lage, war auch die Agitation von besseren Erfolgen begleitet. Unsere Mitgliederzahl stieg auf über 41 000 im dritten Quartal. Damit sind zwar unsere Hoffnungen nicht ganz erfüllt, denn wir glaubten die 50 000 in diesem Jahre zu erreichen. Auf die Gründe, warum das gesteckte Ziel nicht verwirklicht wurde, wäre später einzugehen. Aber wir sind vorwärts gekommen, und was im sterbenden Jahre nicht zu erreichen war, das soll, nein, das muß uns das neue bringen. Diese Hoffnung pflanzen wir an seiner Wiege auf und stellen sie als Hauptaufgabe in den Kreis unserer Tätigkeit im werdenden Jahr. Alle Kraft ist darum jetzt darauf zu konzentrieren, mit der gleichen Mitgliederzahl im ersten Quartal 1912 anzutreten, die wir am Schlusse des alten Jahres hatten. Dann wird das Ziel zu erreichen sein. Aber auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen, und werden gegenwärtig circa 360 000 Mitglieder in ihm vereinigt sein.

Nicht vorübergehen wollen wir an dem Organisationsgeist. Es ist erfreulich, konstatieren zu können, daß derselbe sich gehoben hat. Das Organisationsleben wurde wohltuend davon beeinflußt, die Mitarbeit gefördert. Gewiß wird diese Stimmung durch äußere Verhältnisse bestimmt; die jahrelange, auf den inneren Ausbau gerichtete Tätigkeit darf dabei jedoch nicht übersehen werden, sie beginnt erst jetzt ihre Früchte zu tragen. Das aber muß auch unser nachhaltiges Streben sein, den christlichen Gewerkschaftsgedanken immer mehr zu vertiefen, eine opferwillige und begeisterungsfrohe Anhängerschaft zu erziehen. Nur so werden wir den in der Zukunft drohenden Kämpfen gewachsen sein.

Im September tagte in München unser achter Verbandstag. Er nahm wichtige Reformen vor, so die anderweitige Regelung des Unterstützungsweises, Ausdehnung der Krankenunterstützung über den Winter, Neueinführung einer Unterstützung der zum Militärdienst eingezogenen, Schaffung einer besonderen Beitragsklasse für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und die Vergrößerung des Verbandsorgans. Er behandelte ferner die Strömungen in unserer Tarifentwicklung sowie die rechtliche Lage der Tarifverträge, außerdem die Notwendigkeit der geistigen Weiterbildung des Arbeiterstandes. Der Verbandstag nahm einen erhebenden Verlauf, er bedeutet einen Markstein in der Entwicklung des christlichen Bauarbeiterverbandes.

Sozialpolitisch ist das Jahr 1911 nicht arm. Das gewaltige Werk der Reichsversicherungsordnung ist erledigt worden. Jährlanger Arbeit hat es bedurft, um die notwendige Reform, eine größere Zusammenfassung der bestehenden drei großen Versicherungszweige, ihre Erweiterung, Vereinheitlichung des Rechtsgangs und Neueinführung der Witwen- und Waisenversicherung, bewältigen zu können. Wir wissen, daß die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterschaft, insbesondere die Kollegen Beder, Behrens und Schirmer, sich erhebliche Verdienste um das Zustandekommen des großen Gesetzgebungsvertrages und seiner Ausgestaltung erworben haben. Auch dem Missbrauch der Krankenkassen zu Parteiinteressen, wie das von der Sozialdemokratie geübt wurde, ist entgegengetreten, durch die Einführung der Proportionalwahlen ist der Teilnahme der christlichen Arbeiter an der Verwaltung derselben der Weg geebnet worden. Das Hausarbeitgesetz ist zur Verabschiedung gelangt. Es hat zwar nicht alles gebracht, was gewünscht wurde, was ja auch bei der Reichsversicherungsordnung der Fall war, aber an dem alten Zustand gemessen, bedeutet es einen Fortschritt. Das Arbeitskammergesetz ist endgültig gefallen. Die Regierung konnte sich nicht entschließen, die Wahlbarkeit der Arbeiterkammare in das Gesetz aufzunehmen. An diesem Punkt scheiterte das Gesetz, kein gutes Zeugnis für unsere Regierung und die widerstrebenden industriellen Kreise, die den Sieg errungen haben. Von unserem speziellen Gesichtspunkte aus betrachtet, brauchen wir dem gescheiterten Gesetz keine Träne nachzuweinen. Wir haben unsere selbsterrungenen Tarifinstanzen, und da kommt uns eine Arbeitskammer unter Umständen noch nicht einmal erwünscht sein. Über für die große Masse der in der Schwerindustrie, Textil- und Bergbauindustrie Beschäftigten, wäre das Gesetz ohne Zweifel ein bedeuternder Vorteil gewesen. Als seine Schlüpfat schuf der Reichstag das Privatbeamtenversicherungsgesetz. Wie

bereits gesagt, die sozialpolitische Ausbeute des Jahres ist ziemlich reichhaltig.

Die scharfmacherischen Arbeitgeberverbände entfalten eine recht lebhafte Agitation für verstärkten Schutz der sogenannten Arbeitswilligen. Ein Streikpostenverbot wollen sie zunächst, eine Täuschung kann darüber jedoch, daß sie eine Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter im allgemeinen wollen, nicht bestehen. Leider haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften durch ihre Unzulänglichkeit und ihren brutalen Terrorismus den Scharfmachern nur allzu willkommenes Material geliefert. Die Verhandlungen im sächsischen Landtag und die Ausführungen des dortigen Regierungsvertreters zeigen uns, von welcher Bedeutung der neue Reichstag für die Arbeiter sein wird. Er wird darüber befinden, ob das Koalitionsrecht erweitert und sichergestellt, oder ob es in reaktionärer Weise zurückvediert wird.

Die Silvesterglocken läuten diesmal in einen besonders heftigen Wahlkampf. Bis zur Siedehitze werden die Gemüter und die Leidenschaften aufgeregt, im Interesse des gemeinsamen Vaterlandes tief zu bedauern. Wie die Wahlen aussfallen, darüber läßt sich bei der allgemeinen Verwirrung nichts voraussagen, nur so viel steht sicher, daß die Sozialdemokratie Erfolge erzielen wird. Im Interesse der Arbeiter wäre das zu bedauern, denn jede Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate stärkt die Reaktion und die Willigkeit für Abnahmegesetze. Wir haben aber auch erfahren müssen, daß nach sozialdemokratischen Siegen ihre Hänger von einem Baum befallen werden, der sie zu einem gemeingefährlichen Übermut und zu brutalem Terror verleidet. War der Kampf gegen uns im letzten Jahre ein schon kaum erträglicher, so wird das voraussichtlich nach der Reichstagswahl noch schlimmer werden. Darauf haben wir uns vorzubereiten, aber auch bei der Reichstagswahl innerhalb der Partei, der wir jeweils angehören, unsere ganze Kraft zur Schwächung der Sozialdemokratie aufzubieten.

Wir stehen am Anfang eines neuen Jahres. Es war nie unsere Art, verzagt in die Zukunft zu schauen. Möchten sich die Schwierigkeiten auch noch so hoch auftürmen, „Durch“, das war unsere Lösung. Und so wollen wir es auch im neuen Jahre halten. Wir gehen getrost den neuen drohenden Kämpfen entgegen. Im Vertrauen auf Gott und seine Gerechtigkeit. Wenn wir die Schwelle des Jahres überschreiten, dann mit dem Willen, auf zu neuer Arbeit im großen Emancipationskampf des vierten Standes, auf zur Stärkung der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Allen Kollegen aber, vor allem den eifigen Vertrauensleuten und Vorstandsmitgliedern, der Elite trupp des Verbandes, die unter Hintanzetzung ihrer Person ihre ganze Kraft in den Dienst der guten Sache gestellt, ihnen allen ein herzlich „Vergelt's Gott“, ihnen allen den Dank des Verbandes. In diesem Sinne allen Kollegen und treuen Mitstreitern ein freudiges

Prost Neujahr!

Wo bleiben die Beweise?

Am 29. Juli d. J. fand in Cästrop eine Sitzung der Bauunternehmer von Cästrop und Umgegend mit den Vertretern der hier in Frage kommenden Bauarbeiterorganisationen statt, die von dem Vorsitzenden des Westdeutschen Arbeitgeberverbandes (Herrn Maiweg-Langendreer) geleitet wurde. In dieser Sitzung wurde von den Arbeitervertretern darüber gestagt, daß auf der Kolonie in Siedern die vertraglich geregelte Arbeitszeit nicht überall eingehalten würde. Unser Kollege Petri, der den Ansichten einiger Unternehmer, die behaupteten, die Arbeiter wünschten eine längere Arbeitszeit, entgegnete, bemerkte unter anderem, nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber müßten für die Durchführung unseres Tarifvertrages eintreten, beide Parteien müßten sich dabei unterstützen. Hierauf erklärte Herr Maiweg folgendes: „Die christliche Organisation hat in ganz riesigem Maße nicht nach den Ausführungen des Herrn Petri gehandelt, ihre Gewerkschaftssekretäre haben darauf gedrängt, daß länger als 10 Stunden gearbeitet werde.“ Da Herr Maiweg für seine ungeheurende Behauptung nicht im geringsten den Beweis erbracht, las unser Bezirksleiter Koch Bochum, der die Erklärung niedergeschrieben hatte, Herrn Maiweg seine Erklärung noch einmal vor und bat ihn, doch sofort mit Namen dienen und die Beweise erbringen zu wollen. Herr Maiweg erklärte, hierzu nicht sofort in der Sitzung zu sein, sagte aber zu, in den nächsten Tagen uns den Beweis zu erbringen. Da am 16. August Herr M. sein Beilegen noch nicht eingelöst hatte, ersuchten wir ihn, uns doch nun endlich den Beweis zu erbringen. Hierauf erhielten wir die Nachricht, Herr M. sei verstorben, sobald er zurückkäme, würde ihm unser

Brief vorgelegt. Am 19. Oktober wandten wir uns abermals an Herrn M. und erhielten am 20. Oktober den Bescheid, die Geschäftsführung des Arbeitgeberbundes fölle uns die erwünschten Beweise erbringen. Am selben Tage schrieb uns Herr Verbandsdirektor Schmidelhaus, Herr M. hätte schon vor längerer Zeit den Vorsitz im Arbeitgeberbund niedergelegt, daher wolle die Geschäftsführung des Arbeitgeberbundes uns dennoch die gewünschte Mitteilung machen. Da auch dieses nach mehreren Wochen nicht geschehen war, ersuchten wir Herrn Maiweg nochmals, uns den versprochenen Beweis zu erbringen, oder, falls er falsch unterrichtet worden sei, seine Erklärung zurückzunehmen. Auch der Geschäftsführung teilten wir mit, daß wir jetzt nicht mehr warten könnten, und uns genötigt fühlten, die Angelegenheit öffentlich auszutragen. Darauf wurde uns gesagt, wir möchten uns noch ein paar Tage beruhigen, wir würden dann Bescheid bekommen. Herr Maiweg selbst ließ unser letztes Schreiben unbeantwortet, obwohl doch er die, bis heute unbewiesene Behauptung aufgestellt hatte. Herr Schmidelhaus diente uns endlich am 30. November, mit den versprochenen "Beweisen", aber wie sehen diese aus? zunächst bemerkte er, solche Fälle, wie sie Herr Maiweg geschildert, ständen nicht vereinzelt da. Dann bemerkte er aber, trotz der größten Anstrengungen sei es bis heute nicht gelungen, den Gewährsmann des Herrn Maiweg zu ermitteln. Daraus weiß Herr Schmidelhaus auf die beigelegte Würdigung eines Briefes hin, der an einen Herrn Engelhard gerichtet ist. (Der Text und die Unterschrift fehlen aber in der Abschrift des Briefes.) In diesem mitunter müßt befehlenden Brief wird bemerkt, Herr Hilsenbrand-Siegen (unser vorläufiger Sozialbeamter) solle in einer Versammlung gesagt haben, wenn der Unternehmer Beal seinen Arbeitern nicht den tariflichen Stundenlohn zahlen könnte, dann dürften seine zwei Männer auch länger als 10 Stunden arbeiten. Am Schluß des Briefes heißt es wörtlich, „wie gesagt, etwas Positives kann ich heute nicht mehr feststellen“. Trotz dieses nicht-lagenden Schreibens steht Herr Schmidelhaus in seinem Brief hervor, „aus dem Inhalt des befehlenden Briefes werden Sie erkennen, daß Herr Maiweg wohl berechtigt war, eine solche Ausführung zu machen.“ Schaut Herr Schmidelhaus sich nicht, solches auszuwirken? Darauf gibt er selbst zu, daß er bis heute nicht in der Lage sei, einen Beweis für die Behauptungen des Herrn M. zu erbringen, und in demselben Atemzuge bemerkte er, Herr M. war zu seiner Behauptung berechtigt. Uns steht für eine solche Handlungswise jeglicher parlamentarische Ausdruck. Zum Schluß wollen wir erläutern, daß unser Kollege Hilsenbrand uns versichert, daß er niemals eine solche oder ähnliche Handlung, wie sie Herr Maiweg hat, die Geschäftsführung des Westdeutschen Arbeitgeberbundes ihm anzuzeigen beabsichtigt hat. So lange als uns Herr Maiweg bzw. Herr Schmidelhaus nicht mit bestimmten Beweisen gesiezt haben, müssen wir die Erklärung des Herrn Maiweg als eine unschöne Verleumdung bezeichnen.

Nachträgliches zu unserer Bauarbeiter-Schutzkonferenz in Bayern.

Christlichen Bauarbeiterjung“ wollen die roten Verbände generell den „freien“ Bauarbeiterverbände in Bayern enthebt haben. Die Schieds zur Bezeichnung haben sie in der Versammlung der von unsrern Verbände vorbereiteten Bauarbeiterkonferenz, die am 8. Oktober in München stattfand, gefunden. Die sozialdemokratische „christliche Tagesspost“ ließ sich hierüber folgendermaßen vernehmen: „Das ist Christliche oder besser gesagt, Zentrumsgewerkschaften, Polizei, Hausbeamter und Bergleute mehr gibt, ist wohl allgemein bekannt. Zu all diesen hat sich nun auch noch ein christlicher Bauarbeiterjung“ gefügt. Die bekanntesten, halben die Bauarbeiter Bayerns (?), wož alle Bauarbeiter des Bauhandwerks, ohne Rücksicht auf Religion und Beruf (soweit Bauarbeiter in Frage kommen) Zutritt haben, am 14. und 15. Okt. in München eine Bauarbeiter-Schutzkonferenz ab, das die Schiedschristliche Bauarbeiter, Bergarbeiter, Kader veranlaßt hat, „um eine Zusammensetzung im „Großen Kabinetts“ zu München am 8. Okt. zu vereinbaren, wo gleichfalls auf der Tagessammlung steht: „Bauarbeiterjung“ zusammen und Polizei in Bayern“. Wenn dort alles echt Christlich gemacht wird, also nicht nur christlicher Bauarbeiterjung, sondern auch „christliche“ Polizei und „christliche“ Bauarbeiter behauptet wird, so wird doch zweifellos die Unmöglichkeit im Zusammenhange in Bayern verhindert werden, so daß die bayerische Baugewerkschaft Millionen von Erfahrungen machen wird und dann die beiden Freikirche Sommer und Frühling zu Ehrenreden bei Kaiser, Baugewerkschaftsgesellschaft erneut werden können.“

Zu diesen roten, roten „Kabinetts“, die in seinem Spätmoderat zu leben wären, hat der Vorsteher auf unserer Bauarbeiter-Schutzkonferenz bereits gesagt, daß es ganz keinen christlichen Bauarbeiterjung“ gebe, aber es gebe Fortsetzungen in dieser Beziehung, für deren Durchführung die Christlich-organisierte Bauarbeiterjung Sorge tragen würde. Nun verüben wir weiterhin aus dem „Kabinett“ heraus, daß der Vorsteher, jedenfalls von der Idee ausgehend, daß wenn alles fest, der August auch nicht heißen darf, bei einem „christlichen“ Konzil in München, als jahresdienst der Kirche von der sozialdemokratischen Bauarbeiter-Schutzkonferenz vorbereitet werden, damit die bayerische Organisation auf Tage vorher eine Fortsetzung einberufen hätte, die aber nur von 40 Delegierten das 17. Okt. besiezt gewesen sei. Das hinderte sie aber nicht, jetzt zu beginnen, unsere Konferenz ja nur nach der Idee einzurichten, insbesondere die Idee, daß die Einberufung sofort konzentriert besteht von der bayerischen Konferenz besiezen war; auch die Konferenzen waren schon abgeschlossen, bevor die Christliche Organisation darauf durch eine Bauarbeiter-Schutzkonferenz einjähmiger.“

Seine sozialdemokratische Vertragsungen, die ihre Stellen in den zentralen Agitationen nicht leicht weiterführen, die besonders bei den Bauarbeiter-Konzilien eine wichtige Bedeutung für unabhängige Gewerkschaften und darüber hinausgegangen, aber sonst das, verriet, zeigen die rote Partei über das Kabinett der Bauarbeiter der „christlichen“ Schutzkonferenz, daß es sich bestrebt, den sozialdemokratischen Gewerkschaften eine „christliche“ Schutzkonferenz zu geben. Und sie ist es auch durch die Abhaltung der Konferenz bewiesen. Die „christliche Tagesspost“ ruft im Gedächtnis herab, daß die am 14. und 15. Okt. folgende Bauarbeiter-Schutzkonferenz das Kabinett Christlicher Bauarbeiter wäre. Doch die ganze Vorbereitung und die Art der Konferenz, in der bürgerliche Parteien der gesetzlichen Gewerkschaften beteiligt sind, für die Sozialdemokratie geblieben waren, ließen nur einen bestimmen, daß sie ein vollständiges sozialdemokratisches Kabinett ist. Nicht wieder beweisen, daß die „christliche“ Bauarbeiter-Schutzkonferenz den Bauarbeiter-Schutzkonferenzen gegenübersteht.

Es ist mir die Christlich organisierten Bauarbeiter-Schutzkonferenzen, daß sie auch durch die Abhaltung der Konferenz bewiesen. Die Abhaltung der „christlichen“ Schutzkonferenz, daß die Bauarbeiter-Schutzkonferenz die Idee der christlichen Bauarbeiter-Schutzkonferenz, die sie nicht mehr gehabt. Nach dem politischen Jahrzehnt für Bayern sind nach der Bezeichnung vom 1907. Es ist Mauer und 1910 Bauarbeiter geprägt worden, und am

Jahresende 1910 waren in Bayern 12 189 Männer und 4841 Zimmerer sozialdemokratisch organisiert. Sonach sind in beiden Bauarbeiter-Schutzkonferenzen, Mauer und Zimmerer, ein Viertel sozialdemokratisch organisiert; in den übrigen Berufen, die auf der sozialdemokratischen Konferenz vertreten waren, von denen einige mit Bauarbeiter-Schutz eigentlich wenig zu tun haben, ist es kaum anders, so teilweise ist das Organisationsverhältnis noch schlechter. Wie bei einem solchen Verhältnis die sozialdemokratische Presse samt ihren Inspektoren im „Ramen der Bauarbeiter Bayerns“ handeln und anordnen kann, ist nur unter Zuhilfenahme des sozialdemokratischen Monopols, mit dem man alles stark verdächtigt sieht, zu verbergen. Wenn in gleichem Atemzuge die „Fr. Tagesspost“ meint, die Christlichen hätten gleichfalls das Thema: Bauarbeiter-Schutz, Bauarbeiter und Baupolizei in Bayern“ auf der Tagessammlung stehen, so könnte man daraus vernehmen, daß die Christlichen Bauarbeiter den „Genossen“ das Thema nachgeäfft hätten. Dem ist aber nicht so, weil die „freie“ Konferenz in Bayern sich mit dem „Bauarbeiter-Schutz und die preußische Regierung“ beschäftigte, also so ziemlich das Gegenteil. Über haben die Obergenossen bei Ansichtswerten unseres Themas gemerkt, daß die „dummsten Christlichen“ eine treifendere Parole wählen, und uns darob beneidet. Wer weiß, ob nicht.

Ein Verlegenheitsprodukt, aus dem der Vorsteher über unsere „Zerstörung des sozialdemokratischen Bauarbeiter-Schutz-Polytechnikums“ start hervortrat, ist die „Beweisführung“ Benimmt bei seinen „deutschen“ Kameraden in München, die ihrem Gauleiter davon zu wiedergeholten Namen in Versammlungen Gattungsvölker ihrer kameradschaftlichen Gefühle mittels Pflichten und Stuhlscheinen geben, über die Polizei und den Ausgang unserer Bauarbeiter-Schutzkonferenz. Es kommt doch bei einer Sache nicht darauf an, wann die Vorarbeiten hierzu erledigt sind, sondern wann die Sache als solche erledigt ist. Erstere ist, obwohl sonst vielleicht die Hauptaufgabe, in diesem Zusammenhange Nebenfrage. Was soll es bezagen, daß auf unserer Konferenz weniger drei als Delegierte vertreten gewesen wären, wobei aber daß Gegenteil der Fall ist. In dieser Frage haben wir ja ziemlich das gleiche getan, was bei anderen Anlässen von anderen Organisationen auch getan, dazu gehört auch die sozialdemokratische Landesmission für Bauarbeiter-Schutz in Bayern. Dieselbe hat allerdings in dem Protokoll über ihre dritte Konferenz doch weit mehr getan, indem sie mehrmals ein und denselben Delegierten unter verschiedenen Orten rubrizierte. Aus welchen Gründen dies geschah, ist unschwer zu erraten. Geradezu lächerlich nimmt es ja aus, wenn Remmer meint, sie, die „freien“ Verbände, hätten ihre Vorarbeiten eher erledigt gehabt, als wir daran dachten, eine Bauarbeiter-Schutzkonferenz einzuberufen. Wenn er hierfür den Beweis erbringen sollte, würde es ihm schwer fallen; andernfalls läne er in Verdacht, daß er schon wußte, die Regierung in Bayern sie nicht ins Handen, den Beschlüssen der Konferenz sozialdemokratischerseits Rechnung zu tragen, als dieselben von dieser Konferenz zum Beschluss erhoben wurden. Das wäre auch nicht übel. Ob wir mit unserer Konferenz schlecht abgeschnitten haben, wie Remmer geschockt meint, darüber hat der Vorsteher darüber noch nicht zu befinden. Wir könnten ihm andere Urteile beibringen. Oder hat er in diesem Zusammenhange daran gedacht, wie er und seine Getreuen mit ihren Bauarbeiter-Schutzbefreiungen bei ihren eigenen „Genossen“ in München abschließen. Wenn gewünscht, so werden wir noch deutlicher.

Sr.

Rundschau.

Kriegervereine und Gewerkschaftsbewegung. Der deutsche Kriegerverein macht in den letzten Tagen durch ein massenhaft verbreitetes Kundmachungs-Papier für die Errichtung einer sogenannten „Krieger-Versicherung“ und „Kriegsgefeiste“, die den Kriegervereinsmitgliedern aus dem Arbeiterschlange einen Ersatz für die gewerkschaftlichen Unterstützungen bieten soll. Den durch Ausserrungen in Wissensschaft gezogenen, oder durch sozialdemokratischen Terrorismus durchsetzten Kriegsleben sollen Unterstützungen gewährt und somit eine Krankenversicherung eingeführt werden; natürlich gegen entsprechende Beitragssleistungen und sofern sich eine genügende Beteiligung ergibt.

Der Plan soll so sein, wie aus dem Rundschreiben hervorgeht, gegen die Sozialdemokratie richten, wird aber in der Praxis, falls er verwirklicht würde, diesen Zweck vollauf erfüllen. Tatsächlich würde er eine äußerst bedenkliche Folge haben, nämlich der christlich-nationalen Arbeiterschergung Konkurrenz machen und Abbau zu bringen, indirekt somit das Gegenziel des gewollten Zweedes erzielen. Durch solche Einrichtungen in den Kriegervereinen würden die Arbeiterschaften von einer ernsthaften Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen abgeschnitten und da die überwältigende Mehrzahl der Kriegervereinsmitglieder aus nationalem, wenigstrem Boden steht, nicht den sozialdemokratischen, sondern den christlich-nationalen Arbeiterverbänden Schaden zugefügt.

Die christliche Arbeiterschergung muß bestmöglich gegen diese Pläne des Deutschen Kriegerbundes ebenso wie gegen die gelben Gewerkschaften eine scharf ablehnende Stellung enehmen und wird, falls sie weiter verfolgt werden sollten, den Kampf öffentl. dagegen aufnehmen. Die überaus schädliche Verschärfung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterschaft Deutschlands ist leider schon viel zu groß, allen weiteren Bezugnahmen nach der Rückzug hin nicht energischer Widerstand entgegengesetzt werden müssen, die Kriegervereine ihre Mitglieder auf die christlich-nationalen Arbeiterschutzorganisationen hinzuweisen, wenn es ihnen nur um die Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen zu tun ist. Eine solche christliche Gewerkschaftsbewegung ist das einzige wirkliche Mittel, sozialdemokratischen Übermut und Terror zu brechen.

Sozialdemokratische Zeitungen gegen die Arbeiterschergen. Ein großer Teil der sozialdemokratischen Presse drückt vor mehreren Tagen eine, recht kräfte Quellen und noch kräftere Abneigung ausgesprochene Meinung ab, die der Errichtung eines Kriegsgefeiste dienen sollte, den der christliche Arbeiterschlange und mit einer kleinen Firma in Berlin geplante hat. Diese blättern zeigen, daß sie sich dabei ausgeglichen hat, welche sie anstrengt in ihrer Linie, einer idiotisch-militaristischen Ergänzung des Kriegsgefeiste, „Kriegs-Subventionen“ - kann auf eine Art, die dieses Blattes darin sich ihr Geschäft auf - als Front gegen die Arbeiterschergung anzuspicken, nicht. Denn der Kriegsgefeiste entspricht ganz allgemein Zeile die Bestimmungen, die der sozialdemokratische Tabakarbeiterverband in seinem Normal-Karantenwurf aufgenommen hat. Der Karantauftaft gar nichts, was vom Arbeiterschlange ansetzbar ist. Die ganze Schwäche der von der sozialdemokratischen Presse einem Schriftstellerblatt nachgewiesene Karantauftaft noch bestärkt, wenn man weiß, daß in diesem Blatt es Wochen lang die christlich organisierten Tabakarbeiter ausgespielt sind und mit ihren „freien“ organisierten Kollegen gegen sozialdemokratische Unternehmer einen harten Kampf ausgetragen. Zur Durchführung des Kampfes haben die Sozialdemokraten eine aus Vertretern aller Siedlungen zusammengesetzte Faktion. Als dieser der, die Interessen der bürgerlichen Partei, ist es für die Christliche Schriftstellerzeitung, die sie in den Karantauftaft einzufügen. Waffel befand wurde, sieben wichtig sozialdemokratische Zeitungen und „Wirtschaftszeitung“ in diesen die freigewerkschaftlichen. „Wirtschaftszeitung“ kommt über das arbeiterfähigende Sachsen der „Sachsenwacht“ (Bielefeld), die den

Wettbewerben zu ersten Gebraucht. Auf. Man wurde lebhaft an die Klagen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsleiter erinnert, die sie seinerzeit auf der bekannten Geheimkonferenz ausgetragen haben, daß sie von der Partei Auftritte ins Kreuz bekämpfen. Es ist nicht das erste Mal, daß die rote Parteipresse für ihre arbeiterfähigende Haltung von ihren eigenen Gewerkschaften die Entlastung bekommt. Weil die Absicht ein angebliches „Arbeitsblatt, das im Zusammenspiel gebiet erscheint, mit solchen dem Arsenal der Schriftsteller entstehen Waffen verfolgt, braucht hier nicht unterfützt zu werden. Nur das sei gesagt, daß es ihm nicht gelingen wird, einen Teil in die Einigkeit der Zusammensetzung zu treiben, denn die Christlich organisierten Tabakarbeiter kämpfen nicht um sozialistischer Gunst willen, sondern um die Interessen der Tabakarbeiter zu wahren. Was mit solchen Treibereien erreicht wird, ist lediglich, daß sich die Arbeiter mit Abscheu von einer solchen Presse abwenden, die solche schmählichen Mittel im Kampf gebraucht.

Einiges vom „Sitz Berlin.“ Der durch einen Vertrauensbruch in die Öffentlichkeit gelangte Brief des Kollegen Stegerwald, den dieser im Jahre 1908 an den Verleger der „Wohlwollen“ Volkszeitung“ richtete, in welchem er über eine Studie beim Bischof Horst zu Trier berichtete, ist den „Berliner“ Herausgebern gelegentlich gekommen. Ihr Pharisäertum hat wieder Gelegenheit, sich in bekanntem Licht zu zeigen. So schreibt der „Arbeiter“ in seiner Nr. 51 u. a.:

„Die Charakteristik des hochehrwürdigsten Bischofs von Trier durch Generalsekretär Stegerwald steht unter jeder Kritik. Das Stegerwald dafür in seiner Erklärung auch nicht ein Wort der Entschuldigung fand, beweist, wie in führenden christlichen Gewerkschaftskreisen Bischöfe beurteilt werden, die fordern, daß sich die Gewerkschaften als solche, die für katholische Arbeiter geeignet sein sollen, gemäß den Grundsätzen der katholischen Kirche betätigen sollen.“

Haben zu solcher Sprache die „Berliner“ Herren ein Recht? Uns ist eine führende Person geistlichen Standes von „Sitz Berlin“ bekannt, die erst vor einigen Wochen einen christlichen Gewerkschaftsleiter in ziemlich deutscher Sprache erklärte, Kardinal Fischer habe dem Papst bei seiner Romreise im vorigen Jahre die Unwahrheit gesagt, mit anderen Worten, er habe bei den Logen den Herren nicht in die Öffentlichkeit ziehen, aber Namen stehen auf Verlangen zur Verfügung. Was dazu die „Germania“ wohl sagen wird, die ja, wenn es sich um christliche Gewerkschaftsführer handelt, recht scharfe Worte findet, aber regelmäßig die Sprache verliert, sobald es sich um „Berliner“ dreht, so u. a. noch bei der Affäre von „Sitz Berlin“ gegen den Bischof Schäfer von Sachsen. Da wäre doch auch ein Hinweis auf den Katholizismus sehr angebracht gewesen.

Herrn: Was hat denn Herr Liz. Fourcade wenige Wochen vor der Romreise Kardinal Fischers im vorigen Jahre selbst in Rom geführt? Warum denn die Heimlichkeit, mit der diese Reise umgeben wurde? Wozu nahm er denn den gewaltigen Stoff Material mit, ja, die W.-Gladbachs Broschüre vom Jahre 1899 über die christlichen Gewerkschaften wurde noch in einem besonderen Exemplar hergestellt. Bei solch wichtigen Reisen ist es allerdings möglich, daß man die Mappe mit dem wichtigsten Material im Auto liegen läßt. Das nennt man Reichtum. Und haben an der Broschüre Oppendorf gegen Spahn nicht auch Herren aus der Kaiserstraße Anteil? Waren die vielen Verluste zu gewähren, Zeit nur harmlosen Dingen gewidmet? Man kann wohl ohne Uebertreibung sagen, daß alle die bedauerlichen Kämpfe im katholischen Volksteil Deutschlands im letzten Grunde auf „Sitz Berlin“ zurückzuführen sind. Und es gibt Herren unter ihnen, die gar kein Hehl daraus machen, daß erst alles niedergeschlagen werden muss; sie wollen nächster neu aufbauen, d. h. wenn es da noch etwas aufzubauen gibt.

Einen gründlichen Heimfall mit seiner Verfeuerung sucht erlift „Sitz Berlin“ mit einer Mitteilung aus Reichenbach. In seiner bekannten Art brachte der „Arbeiter“ in seiner Nr. 49 unter der Spitzname „Etwas zum Nachdenken“ die Mitteilung, ein vor drei Jahren von Schweidnitz nach Reichenbach dirigiert, der Christlicher Gewerkschaftler, der aber trotz eifriger Bemühungen allein auf weiter Flur geblieben sei, habe bei der letzten Stadtverordnetenwahl sozialdemokratisch gewählt. Das empfiehlt „Sitz Berlin“ zum „Nachdenken“. Natürlich! Man merkt die Absicht. Das Blatt erhält darauf folgende Nachstellung:

1. Ist richtig zu stellen, daß ein christlich organisierter Weber namens Hause hier in Reichenbach nicht existiert. Richtig ist, daß ich als Weber vor drei Jahren nach Reichenbach gekommen bin, hier als Vertrauensmann des christlichen Textilarbeiterverbandes.
2. Es ist unwahr, daß ich vor drei Jahren von Schweidnitz nach Reichenbach dirigiert worden bin. Wahr ist, daß ich nach meiner Wahlregelung aus freiem Anteile meinen Wohnsitz nach Reichenbach verlegt habe.
3. Es ist unwahr, daß ich allein auf weiter Flur geblieben bin, wie es in der Ratz heißt. Wahr ist, daß ich einen, wenn auch nur kleinen Kreis von Gleitgeführten dem christlichen Textilarbeiterverband zugeführt habe.
4. Es ist unwahr, daß ich am 23. Okt. in Reichenbach bei der Stadtverordnetenwahl die Liste der Sozialdemokraten gewählt habe. Wahr ist vielmehr, daß ich als Ausländer gar nicht berechtigt bin, an der Stadtverordnetenwahl teilzunehmen und durch Zeugen nachweisen kann, daß ich auch nicht den Rechtsgut gemacht habe, zu wählen, mithin auch die Sozialdemokraten gar nicht gewählt haben kann.

Hochachtungsvoll

Franz Hauser.

Natürlich bringt das „mehr katholische“ Blatt die Nichtigstellung nicht im Wortlaut, sondern nur, daß der Auszugsseine nicht sozialdemokratisch gewählt habe. Das ist „Sitz Berlin“, wie er lebt und lebt. Und eine solche Gesellschaft will anderen Moral predigen und den „Grundsätzen der katholischen Kirche“ zum Siege verhelfen. Sie mögen zunächst bei sich auslangen, dort tut es am notwendigsten.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gestern sind: Effen (Gießenleger) Expert über die Effen'sche Baumaterialien, Vertriebsgesellschaft Langen und Co., sowie sämtliche Arbeiten des Effen'schen Gesells. Effen, Köln, für Flottleger die Flottlegermeister Gesells. Lüdinghausen (Stadt der Mauer und Brüderlehrer), Duisburg, Gießenleger (Sprecher über den Flottlegermeister Künzen), Gallanisch (Sprecher über Paußlich) wegen Maßregelung. Zugang ist fernzuhalten.

Bezirk Haarbrücken. Unter dem Vorsitz des Herrn Bezirkssamtmanns Schlosser saßen am 16. Dezember in Homburg erneut Verhandlungen statt, betreffs Abschluß eines Vertrages mit der Firma Gebr. Akt aus München. Bekanntlich war auf der Grube Bergbach, wo genannte Firma den Bau einer neuen Kohlenwäscherei ausführte, infolge Wohnunterschieden vor einiger Zeit die Arbeit von den Mauern, Zimmerern und Bauarbeitern wieder aufgenommen worden. In den Verhandlungen nahmen außer den Vertretern der Firma noch der Kreisverband pfälzischen Bauern und der Kaiserslauterer sowie Vertreter des sozialdemokratischen Pfälzischen-Bauarbeiterverbandes teil. Eine hohe Erhöhung für dieses Unternehmen wollten die Arbeitgeber nicht zu-

geschehen. Der Unternehmer Rat München erklärte sich bereit, ab 1. April 1912 eine Gehaltserhöhung von 2 Pf. pro Stunde einzutreten zu lassen. Eine Einigung fand jedoch nicht statt, weil unsere Forderung, den für Saarbrücken und Umgebung bestehenden Tarifvertrag für das Betonbaugewerbe auf Bexbach zu übertragen, abgelehnt wurde. Die Verhandlungen sind demnach als gescheitert zu betrachten.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 31. Dezember, der vierundvierzigste Wochenbeitrag fällig ist.

Maurer.

Barmen. Am 2. Dezember hielt unsere Zahlstelle die Generalversammlung ab. Dieselbe war besucht von über 200 Kollegen. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Vorstandswahl. 3. Anträge. 4. Vortrag des Kollegen Lange. 5. Verschiedenes. Der Vorsitzende Kollege Deppe gab in einstünßiger Rede den Bericht des Vorstandes. Er führte aus, daß ein großer Teil der Kollegen es mit den Pflichten, für die Organisation zu werben, nicht ernst nehme. Die Mitgliederzahl sei von 257 am 1. Oktober 1910 auf 316 gestiegen. Hätten aber alle Kollegen in genügender Weise agitiert, dann hätte die Zahl 400 mindestens erreicht werden müssen. Denjenigen, die mitgearbeitet haben, spreche er seinen besten Dank aus. Aufgenommen seien 114 Kollegen, von anderen Verbänden zu uns übergetreten 11, zugereist 43. Abgereist seien 72, gestorben 2, sonstiger Wegzug (darunter auch jüdische), die abreisen, ohne sich abzumelden 65 Kollegen. Der Versammlungsbesuch habe sehr zu wünschen übrig gelassen. Die Besucherzahl habe mit Ausnahme von drei Versammlungen zwischen 20–60 Prozent der Mitglieder geschwankt. Durch die Läufigkeit im Versammlungsbesuch lernten sich die Kollegen zu wenig kennen und es fehle dann auch an der so bitter notwendigen Schulung. Stattgefunden haben 21 Mitglieder, eine ordentliche und eine außerordentliche Generalversammlung. Vorträge seien in den Versammlungen 14 gehalten. Gefordert sei genug für die geistige Bildung der Kollegen, aber dieselben bedachten nicht, daß heute Wissen Macht sei. Ein Schwerpunkt sei die Agitation unter den Italienern gewesen. Die pünktliche Zustellung des italienischen Organs lasse sehr zu wünschen übrig. Der Vorsitzende habe an drei Sitzungen des Einigungsamtes und an 15 Sitzungen der Schlichtungskommission teilgenommen. Des weiteren als Delegierter am Verhandlstage in München. Der schriftliche Vortrag zeigte folgendes Bild: es ließen ein 71 Briefe, 94 Postkarten, 39 Drucksachen, 3 Pakete, 2 Gelsendungen und 1 Telegramm. Abgesandt sind 48 Briefe, 77 Postkarten, 24 Drucksachen und 1 Paket. Von Vorsitzenden angefertigt sind 17 Steuererklärungen und 11 Bittschriften. Die Einnahme der Zahlstelle betrug bis zum 1. Oktober aus Beiträgen 7486,05 M. Dazu kamen noch für Lokalkasse 174,10 M., an Büschlags- und Extrabeiträgen 12,30 M., für Güterlast 4,15 M. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 431,48 M. Die Filiale Langerfeld ist im Begriff, sich selbstständig zu machen. Hoffentlich würden dann dafür bessere Fortschritte gemacht. Mit einem warmen Appell an die Kollegen, auch in Zukunft treu und fest zum Verbande zu stehen, schloß der Bericht. Der Bericht wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion führte Kollege Georg an, daß nicht allen Mitgliedern die Adresse des Verbandssekretariats, sowie die Sprechstunden bekannt seien. Dem wurde widersprochen und erklärt, falls es den Kollegen unbekannt sei, könne man das leicht beim Vorstande (auch beim Verbandsvortrag, D. B.) erfahren. Bezirksleiter Kollege Lange wies darauf hin, daß die Missstände bezüglich der italienischen Zeitung am meisten darin liegen, daß der Redakteur Dr. Valente zurzeit aus Preußen ausgewichen und nunmehr die Redaktion von Bayern, von München aus, versehen müsse. Das habe öfters unliebsame Verzögerungen zur Folge. Es besteht aber die Hoffnung, daß dieser Zustand bald geändert werde. Die Steigerung der Mitgliederzahl sowie der Kassenbericht zeigten, daß gearbeitet worden sei. Die Arbeit müsse auerkannt werden. Er sprach dem Vorstande und den Vertrauensleuten den Dank dafür aus. Die Zunahme im Bezirk Köln werde dieses Jahr über 1000 betragen. Aus der nunmehr vorgenommenen Vorstandswahl gingen hervor: Als erster Vorsitzender Bernhard Deppe, als zweiter Heinrich Baumert; als erster Kassierer Peter Lunzins, als zweiter August Hößner; als erster Schriftführer Kollege Albrecht Manns, als zweiter Schriftführer Kollege Joseph Hagemüller; als Beisitzer die Kollegen Schneider und Driesch, als Krediteure die Kollegen Schepp, Diedrich und Wanried. Der Kassierer Lunzins nahm die Wahl nur unter der Bedingung an, daß sich sechs Kollegen als Haushälter freiwillich melden würden, die einzutragen, falls Haushälter ihr Amt nicht weiterführen. Dazu meldeten sich die Kollegen Kühl, Schaffke, Brand, Kopp, Koch und Fischer. Die Generalversammlung erhöhte die Entschädigung für den ersten Vorsitzenden und ersten Kassierer um je 20 M. Jährlich. Ein früherer Beschuß, dem ersten Schriftführer eine Entschädigung von insgesamt 10 M. zu vergüten, wurde erneuert. Wegen der vorgerückten Zeit mußten die übrigen Wahlen und Tagesordnungspunkte vertagt werden. Der Vortrag des Kollegen Lange soll am letzten Samstag im Januar, also am 20. Januar, gehalten werden. Kollege Lange wies noch darauf hin, daß der Reichstagswahlkampf schon tobe. Derselbe werde ein heikler werden. Er erinnerte daran, daß die christlichen Gewerkschaften im Gegensatz zu den „freien“ Gewerkschaften politisch partilos seien. Jeder müsse nach seiner Überzeugung auch bei der politischen Wahl seinen Maus stellen. Dabei sollten die Mitglieder auch anderen ihre parteipolitische Überzeugung achten. Nach einem Schlusssort und Aufforderung an die Kollegen, sich alle an der Gewerbegerichtswahl zu beteiligen, damit unsere Kandidaten siegen, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf ein weiteres Wachsen unseres Verbandes die schön verlaufene Generalversammlung.

Braunschweig. (Terrorismusfall bei der Firma Krause u. Sege.) Am Montag, den 4. Dezember, fuhr der Kollege Heinrich Döring jun. um Neubau des Altg. Konsumvereins (Vertrudenstraße) an zu arbeiten. Nach der Zugehörigkeit des Verbandes fragt, erklärte derselbe, daß er Mitglied des christlichen Bauarbeiterverbandes sei. Einer der „Genossen“ stellte an den Kollegen Döring die Frage, ob er sich nicht unterschriften lassen möchte zum „freien“ Bauarbeiterverband, was letzterer verneinte, mit der Motivierung: Diesen Herbst nicht mehr, denn das Beitragszahlen ist ja doch schon vorbei, und bis nächsten Frühjahr werde ich mir die Sache noch einmal überlegen. Am folgenden Tage, morgens nach dem Frühstück, forderte der Baudelegierte, „Genosse“ Bugenwagen jun., unsererseits dort beschäftigten Kollegen auf, zu ihrem Verbande überzutreten, was letztere ablehnten. Daraushin blieben die „Genossen“ sitzen und verzögerten die Arbeit. Unsere Kollegen stellten den Polizei Wehr zur Rede, was nun werden sollte; darauf erklärte letzterer, der Bau könnte nicht liegen bleiben, folglich müßten sie aufhören. Unter anderem sagte noch der „Genosse“ Erdmann zu unserem Kollegen Sommer: Hättet ihr nur 20–30 Pf. zum Wahlfonds geschrieben, so hättest ihr weiter

arbeiten können. Die „Genossen“ sammeln alljährlich auf den Baustellen für den sozialdemokratischen Wahlfonds.) Herrner sagte noch einer der Herren „Genossen“ zum Kol. Klemmer: Daß du auch mit dabei bist, tut uns sehr leid. Der Grund liegt darin, daß Klemmer sonst jeden Sonnabend, um Muße zu haben, auf den Wahlfondstellen gearbeitet hat; letzten Sonnabend jedoch nicht, weil der Vorstand dieses Gebaren am Bußtag in der Generalversammlung kritisierte. Herr Maurermeister Krause sagte zu seinen Kollegen bei der Mitteilung des Terrorismusfalls: Da die Kollegen dieses Ansinnen verneinten, so wechselte Herr Krause unsere Leute aus mit den vier dort am Hohenstein beschäftigten Arbeitern und sogenannte Kollegen nachmittags wieder an zu arbeiten. Christliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Wenn Ihr aus vorstehendem die nötigen Lehren zieht, so wird es jedem erscheinen, daß für einen gesitteten Menschen, der noch auf christlich-nationalen Boden steht, kein Platz mehr ist in den „freien“ Gewerkschaften, sondern es muß die Parole heißen, heraus aus den angeblich „freien“ Gewerkschaften und hinein in die christlichen Gewerkschaften.

Buer. Eine recht kuriose Sitzung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist die Firma Geb. Sänger in Buer. Man kann den Eindruck, als könnte sich genannte Firma mit den neuzeitlichen Verhältnissen sehr schlecht abfinden, speziell mit den Bestimmungen des Tarifvertrags. Hier ein „patriarchalischer“ Gebaren zeigt sich ein Vorfahrt der Großheit und Unfeinfheit den Arbeitern gegenüber. Bei Gewerbegerichten, in Schlichtungskommissionen und Einigungsämtern ist die Firma ein oft gesehener Gast. Trotz ständigem Herauffall kann aber die Firma von ihren Geschichten nicht lassen. In letzter Zeit wird es wieder besonders arg. Zunächst zahlt die Firma nicht den vertragsgünstigen Abschlag; ist ein Feiertag in der Woche, schreibt sie den Sohntag auf den Tag nachher, was in der vergangenen Woche auf der Kolonie Böckeler in Buer Differenzen hervorrief. Wir können der Firma nur verraten, wirh sie sofortfahren in der Einhaltung des Tarifas, so wird für die Folge nur, wie den Schaden davon haben, denn jeder Bauarbeiter wird sich vorerst überlegen, ob er bei einer solchen Firma arbeitet. Auch der Unternehmerstand selbst wird allgemein dadurch immer mehr in Verlust kommen, da die Firma Mitglied des Arbeitgeberbundes ist. Neben diesem tarifwidrigen Verhalten gibt die Firma noch zu einer ganzen Anzahl von Klagen Veranlassung. Die Baubüro der Maurer reicht an Größe für die Hälfte der Beschäftigten kaum aus, ebenso die Baubüro der Bauhilfsarbeiter. Der Abort ist zu klein und oberdrück undicht. Wir haben uns bereits an die Baupolizei in Buer gewandt, jedenfalls werden der Firma Sänger in den nächsten Tagen die Bestimmungen der Baupolizeiverordnung bekanntgegeben werden. Rechner läßt die Behandlung der Mitarbeiter allgemein, wie im besonderen bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses, zu wünschen übrig. Wir könnten Beispiele anführen, wie Höflichkeit und Anstand den Arbeitern gegenüber gehandhabt werden. Mirin muß in allen Teilen, eine Besserung eintreten, denn Arbeit ist auch Menschen. Unsere Kollegen aber rufen wir zu, genau die tatsächlichen Bestimmungen einzuhalten und für den weiteren Ausbau unserer Organisation einzutreten, dann wird auch die Firma Sänger nicht nach ihren Gelüsten verfahren können.

Crefeld. Die Verwaltungsstelle hatte im dritten Quartal eine Einnahme für die Hauptkasse von 2099,72 M., eine Ausgabe von 18,50 M., an bar wurden abgeführt 2044,15 M.; es bleiben noch einzufinden 37,17 M. Die Einnahmen für die Lokalkasse betragen 1519,36 M., die Ausgaben 1175,23 M. Der Kassenbestand für die Lokalkasse beträgt 344,13 M. An Beitragsmarken wurden verkauft einschließlich 60 Arbeitslosenmarken 4080 Stück. Bei 12 Beitragsmarken pro Mitglied gerechnet, sind rund 340 vollzählende Mitglieder vorhanden. Die wirkliche Mitgliederzahl beträgt 341. In der Mitgliederzunahme sind beteiligt die Orte Crefeld, Crefeld-Bockum, Crefeld-Oppum, Hülse und Cleve. In den vier ersten Orten beträgt die Zunahme 76 Mitglieder, in Cleve 11 Mitglieder. Ein Rückgang ist zu verzeichnen in Goch mit 14 Mitgliedern. Die Zahlstelle Geldern hat ihren Winter schlaf angetreten. Die Kollegen glauben, die Lohn erhöhungen seien nun kommen von selbst, ohne daß man für die Organisation noch Beiträge zahlte, das sei überflüssig. Warten wir ruhig ab, wer nachher der laechende Dritte ist, die Unternehmer oder die Arbeiter. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Die holländische Zahlstelle Gruenbeck, welche im ersten Quartal gegründet wurde, ist als bald wieder eingegangen, maugels geeigneter Führung. Der in Crefeld vorhandene Arbeitsnachschub hat im dritten Quartal sehr gut funktioniert, worauf auch der Mitgliederzuwachs der Crefelder Orte zum großen Teil zurückzuführen ist. Offene Arbeitsstellen wurden im dritten Quartal jährlich gemeldet für Maurer 64, Hülsebauer 41, Pfisterer 27, Stofftäfer 8; bestellt wurden von Maurern 43, Hülsebäuerinnen 29, Pfisterern 18, Stofftäferinnen 5 Stellen. Die Nachfrage nach Maurern war besonders stark. Die Kollegen sollen den Arbeitsnachschub in ihren Kollegenkreisen noch mehr in Erinnerung bringen, aber auch auf dem Bureau müssen, wo offene Arbeitsstellen vorhanden sind. Arbeiten wir in den nächsten Wochen an dem Ausbau der Organisation weiter, dann wird es uns gelingen, die Mitgliederzahl im vierten Quartal auf 400 zu steigern. Die Aussichten der Konjunktur sind im nächsten Frühjahr sehr gute. Zum Schluß sei darauf noch hingewiesen, daß das Büro des Sekretariats von jetzt ab Bestrafze 35 (gegenüber dem Rathause) sich befindet. Die Telephonnummer 1291 bleibt bestehen.

Dinslak. Am 10. Dezember fand unsere monatliche Versammlung statt, welche vom Vorsitzenden um 4 Uhr eröffnet wurde. Er bedauerte, daß bei einer Mitgliederzahl von über 30 Kollegen nicht einmal 20 Kollegen es der Mühe wert halten, die Versammlung zu besuchen, und daß es gerade die früheren Vorstandsmitglieder sind, die auch zu den fehlenden zählen. Wenn dies am grünen Holz geschieht, wie soll es dann mit dem dünnen gelb. Zunächst erstattete Kollege Brinkmann Bericht von der Bezirksskonferenz. Er führte uns in seinem dreibiettelstündigen Vortrag ja recht den Geschäftsaufstand des Bezirks und den Vortrag des Kollegen Wiedeberg vor Augen und bedauerte, daß derselbe nicht im Druck jedem Kollegen zugänglich gemacht wird. Betreffs der „Winterbeiträge“ wurde beschlossen, vom 1. Januar 1912 ab hat jeder Kollege jedes Jahr den Winterbeitrag in Höhe von 1,20 M. zu zahlen. Dieser soll die Krankenunterstützung ergänzen, und zwar die acht-tägige Kurenzeit und dann von der 13. bis 27. Woche. Es wurde angeführt, daß nach dem bisherigen Verhältnis dieser Beitrag bald zu einem ansehnlichen Kapital anwachsen werde, da derselbe nur für diese Unterstützung bestimmt ist. Unter „Geschäftsbüro“ wurde den Kollegen Gelegenheit gegeben, den ausgesetzten Tabakarbeiten durch eine freiwillige Sammlung zu Hilfe zu kommen. Dann wurde der Kursus eingehend besprochen, welcher vom Bezirksvorstand am 6., 7., 8. Januar nächsten Jahres in Hamm veranstaltet wird, zur Ausbildung der Kassierer. Unsere Zahlstelle ist gewillt, hierzu einen Betrag zu bewilligen, jedoch wolle man erst abwarten, wie hoch dieser zu bemessen sei.

Fulda. Am 22. November hielt die Verwaltungsstelle Fulda eine Konferenz ab, die von 19 Kollegen besucht war. Richtig erschienen waren sieben Vertrauensleute. Die Tagesordnung umfaßte zwei Hauptpunkte: 1. Kassenbericht der drei Quartale 1911 und Erhöhung des Lokalschlags, 2. Vortrag des Bezirkssitzers, Kollegen Schleicher: „Welche Aufgaben erwachsen uns für die Zukunft?“ Kollege Stahl gab einen kurzen Rückblick über die Bautätigkeit in den drei Quartalen, welche als nicht

gut bezeichnet werden konnte. Er erinnerte an die geführten Baustreiks betreffs Anreihung bei Vertrags, welche nicht vollem Erfolg endeten. Wenn auch drei Kollegen vor ein aneblichen Bergthaus gegen § 153 der Gewerkschaftsordnung angezeigt und in die ersten Verhandlungen hinzutreten sind, was gegen aber Beurteilung eingeleitet worden ist, so darf man nicht entmutigen, unsere Rechte zu vertreten. Lieber diesen Punkt werden wir später noch berichten, wenn die Sache ihren Ausgang gefunden hat und die Kollegen wissen, was sie verdrohen. Hauptsächlich ist in den letzten zwei Monaten die Bautätigkeit rapide zurückgegangen, wodurch viele Kollegen von Arbeitslosigkeit betroffen worden sind. Aus diesen Grunde ist auch die Mitgliederzurückstellung zu vergegen. Die Einnahmen der Hauptkasse einschließlich des Lokalschlags betrug 2606,50 M., her eine Ausgabe für Kranken- und Sterbenunterstützung von 691,80 M. gegenüberstand. Die Einnahmen der Lokalkasse mit Kassenbestand von 1910 ergab 1245,48 M., abzüglich der Ausgaben von 900,36 M., bleibt für das vierte Quartal ein Kassenbestand von 345,12 M. Anschließend rügte der Kassierer, daß zuviel Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, und forderte er die Vertrauensleute auf, Mithilfe zu schaffen. Jeder Kollege müsse bestrebt sein, sein Verbandsbuch, das so notwendige Werkzeug, zuerst in Übung zu haben. Betreffs Erhöhung des Lokalschlags führte Kollege Schleicher die Gründe an, die dafür sprechen, worauf sämtliche Diskussionsredner für Erhöhung eintraten. Bei der vorangegangenen Abstimmung stimmten alle Delegierten und Kollegen für die Erhöhung des Lokalschlags auf 10 Pf. pro Woche ab. Januar 1912, was hiermit jedem Kollegen bekanntgegeben wird. Auch werden die Sämtlichen an ihre Pflichten erinnert, daß sie jetzt ihre Sache in Erden bringen sollen; ebenso ab Januar werden nur noch Marken abgegeben mit 10 Pf. Lokalschlag. Bezirksleiter Schleicher erwartete die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute, für Ausklärung und Durchführung dieses Bechts zu sorgen. Jeder Kollege sei auch verpflichtet, 1 M. Bezirksbeitrag zu leisten, laut Beschluss der Bezirksskonferenz am 2. Juli; dies ist auch in dem Bericht Nr. 31 der „Baugewerkschaft“ bekanntgegeben. Zum weiteren Punkte: „Welche Aufgaben erwachsen uns für die Zukunft?“ hielt uns Kollege Schleicher einen eindrucksvollen Vortrag. Er ging auf die 3. Hauptpunkte eines Gewerkschaftsberichts ein, die heute jeder zu beachten habe. Vor allem agitatorisch tätig sein, was hier um so notwendiger ist, den Verband nach innen und nach außen auszubauen, da wir immer gerichtet sein müssen. Auch müssen wir mehr Vertrauensposten besiedeln und besonders uns mehr Schulung eingeräumen. Den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß der Redner mit einem Appell an alle, sich mehr als seither agitatorisch zu betätigen, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Großkrottau. Nach längeren Vorarbeiten war es uns möglich, hier in den einzelnen Orten Versammlungen abzuhalten und eine stattliche Zahl Mitglieder der Organisation zu zuführen. Die Kollegen sind sehr begeistert für unsere Sache und steht zu hoffen, daß die Organisation hier gut Fuß fahrt. Es ist für die hiesigen Verhältnisse allerdings auch sehr notwendig. Der Studentenlohn beträgt hier 31–34 Pf. und ist gewiß aufzubesserungsbefürdig. Mögen die unserer Organisation angehörenden Kollegen nun eifrig in der Agitation einzutreten, um die Unorganisierten zu sammeln. Es dürfte ihnen dank auch möglich sein, im Kreise Großkrottau bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuführen.

Mülhausen i. E. Unsere am letzten Sonntag im Lokale Burget stattgefundenen Konferenz war außerordentlich stark besucht und nahm einen sehr anregenden Verlauf. Kollege Heurich erstattete den Jahresbericht und hielt ein Instruktions-Diskussions-Seminar über die nächsten Aufgaben der christlich organisierten Bauarbeiter im Elsass, das starken Beifall fand. Nachstehende Resolutionen fanden einstimmige Annahme: 1. Die am Sonntag, den 10. Dezember, im Lokale Burget in Mülhausen tagende Konferenz des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter der Verwaltungsstelle Mülhausen und Umgebung nimmt Beurteilung von dem derzeitigen ungenügenden Stand des Bauarbeiterdurchschnitts in Elsass-Lothringen. Die Konferenz beschließt einstimmig, zwecks Herabminderung der Baumfälle, Verbesserung und Erweiterung der Unfallverhütungs-, sowie sanitären Vorschriften, besseren Ausbaus der Baukontrolle, Unterstellung derselben unter die Gewerbeaufsicht und Aufnahme des Bauarbeiterdurchschnitts in die Lehrpläne der Fortbildungsschule mit einem Gesuch an die Elsass-Lothringische Regierung baldmöglichst hinzutreten. 2. Die heutige Sonntag, den 10. Dezember, im Lokale Burget tagende Konferenz der Verwaltungsstelle Mülhausen des Centralverbandes christlicher Bauarbeiter nimmt nach einem ausführlichen Bericht des Gewerkschaftssekretärs Heurich über seine Tätigkeit in den ihm unterstellten Verwaltungsstellen Kenntnis von dem derzeitigen ungenügenden Stand des Bauarbeiterdurchschnitts in Elsass-Lothringen. Die Konferenz beschließt einstimmig, zwecks Herabminderung der Baumfälle, Verbesserung und Erweiterung der Unfallverhütungs-, sowie sanitären Vorschriften, besseren Ausbaus der Baukontrolle, Unterstellung derselben unter die Gewerbeaufsicht und Aufnahme des Bauarbeiterdurchschnitts in die Lehrpläne der Fortbildungsschule mit einem Gesuch an die Elsass-Lothringische Regierung baldmöglichst hinzutreten. 3. Die heutige Sonntag, den 10. Dezember, im Lokale Burget tagende Konferenz des Centralverbandes christlicher Bauarbeiter nimmt nach einem ausführlichen Bericht des Gewerkschaftssekretärs Heurich über seine Tätigkeit in den ihm unterstellten Verwaltungsstellen Kenntnis von dem derzeitigen ungenügenden Stand des Bauarbeiterdurchschnitts in Elsass-Lothringen. Die Konferenz protestiert gegen die Konferenz energisch gegen die unqualifizierbaren, hässlichen Angriffe und Verleumdungen, die ständig in der „Mülhäuser Volkszeitung“ von gewissenlosen Herren gegen Heurich in frivoler Weise inszeniert werden, mit dem Zweck, die christlich-organisierten Bauarbeiter ihrem Führer zu entfremden. Die Konferenz spricht ihrem Beamten Heurich noch wie vor ihr uneingeschränktes Vertrauen aus. Sie fordert alle christlich gesinnten Bauarbeiter, die dem Centralverband christlicher Bauarbeiter noch fernstehen, sowie sämtliche nicht-sozialistischen Bauarbeiter auf, sich ungefährt dem Centralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, der einzigen für das Bauarbeiter in Betracht kommenden neutralen und wirklich demokratischen Organisation, anzuschließen.

Paderborn. Der hiesige Agitationsbezirk hielt am 29. Oktober in Paderborn eine Bezirksskonferenz ab. Dieselbe war gut besucht. Anwesend waren 32 Delegierte. Nicht vertreten waren die Orte Altwieden und Süllendorf, beide hatten sich entschuldigt. Als Vertreter des Hauptvorstandes war Kollege Schmidt-Berlin erschienen. Der Geschäftsbereich wurde vom Bezirksleiter Werner gegeben, und zwar für das Jahr 1910 und das erste Halbjahr 1911. Die Konjunktur war im Bezirk nicht besonders gut, mit Ausnahme einiger Orte. Die Agitation konnte in dem Bezirk nicht so betrieben werden, wie es im Bericht vorgesehen war. Es fehlt an Interesse des Verbandes nötig war. Es fehlt an der Mitarbeit in den einzelnen Orten. Dieses muß anders werden, denn es ist unmöglich, daß der Bezirksleiter die ganze Arbeit allein machen kann. Der Mitgliederstock war am Schluß des vorigen Jahres 1351 und war im dritten Quartal 1911 auf 1493 gestiegen. Die Entwicklung war gut in Paderborn, Lippstadt, Detmold und Marsberg. In einigen Orten ist infolge schlechter Konjunktur ein Rückgang eingetreten. Würde dieses nicht der Fall sein, dann wäre die Regierung der Mitgliederzahl eine größere. Im Jahre 1910 wurden die Lohnbewegungen durch die Dresdener Schiedssprüche erledigt. Im Jahre 1911 wurden in fünf Orten Lohnbewegungen mit Erfolg geführt und die Lohnanpassung betrug 2–5 Pf. pro Stunde, in einem Orte wurde die 11stündige Arbeitzeit auf 10 Stunden herabgesetzt. Als unabdingbare Pflicht der Vorstände wurde eine geordnete Geschäftsführung gefordert. Die Agitation muss in den einzelnen Orten durch fleißige Mitarbeit der Verbandsmitglieder gefördert werden. Augenblicks der Bestrebungen des Arbeitsgeberverbands für das Bauarbeiter ist für den Tarifablauf im Jahre 1913 eine gute, geordnete Streiterschaft gebildet worden, damit die Unternehmer gelingt, nach Unterdrückung der Bauarbeiter nicht eintreten können. Die Geschäftsführer der Betriebsversammlung in Münster wurden eingehend erörtert und praktische Anweisungen für die Ausführung der Geschäftsführer gegeben. Den Hauptpunkt der Tagung bildete das Referat des Centralvorstandes, Kollegen Schmidt, welcher über die militärische

